

gesamten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens auf der Grundlage freundschaftlicher Zusammenarbeit mit allen freiheits- und friedliebenden Völkern gegeben.

Die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik richtet ihren aufrichtigen Dank an die Regierung der UdSSR, an deren Spitze der beste Freund des deutschen Volkes, Generalissimus Stalin, steht, durch dessen tatkräftige freundschaftliche Unterstützung dem deutschen Volk die großen Perspektiven eines neuen nationalen Lebens eröffnet wurden.

(Beifall)

Der Dank gilt ebenso der Regierung der Republik Polen, die trotz der bitteren Erfahrungen des polnischen Volkes durch ihre Haltung gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik ihr wachsendes Vertrauen zu dem neuen, friedliebenden und demokratischen Deutschland zum Ausdruck gebracht hat.

(Beifall)

Das deutsche Volk in allen Teilen unseres Vaterlandes wird erkennen, daß seine nationalen Interessen nur durch eine Politik des Friedens und der Freundschaft zur Sowjetunion, den Volksdemokratien und allen anderen demokratischen, friedliebenden Nationen gewahrt werden. In dieser sicheren Erkenntnis werden alle wahrhaft patriotischen und friedliebenden Kräfte unseres Vaterlandes ihre Anstrengungen verdoppeln, um den Frieden zu sichern und den Kampf der Nationalen Front um ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland erfolgreich zu Ende zu führen!

(Beifall)

Diese Erklärung ist unterzeichnet von den Herren Abgeordneten Wilhelm Koenen für die Fraktion der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Dr. Liebler für die Fraktion der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, August Bach für die Fraktion der Christlich-Demokratischen Union, Vincenz Müller für die Fraktion der National-Demokratischen Partei Deutschlands, Scholz für die Demokratische Bauernpartei Deutschlands, Adolf Deter für die Fraktion des FDGB, Klaus Gysi für die Fraktion des Kulturbundes und Bürde für die Sozialdemokratische Fraktion.

Präsident Dieckmann:

Die dem Hause soeben verlesene gemeinsame Erklärung aller Fraktionen der Provisorischen Volkskammer liegt als Drucksache Nr. 115 den Abgeordneten vor. Ich lasse über diese Erklärung nunmehr abstimmen und bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dieser Erklärung ihre Zustimmung geben wollen, das durch Erheben von den Plätzen zu bekunden. — Ich danke. Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die sich der Stimme enthalten wollen, sich bemerkbar zu machen. — Gegenstimmen? — Ich stelle fest, daß diese gemeinschaftliche Erklärung die Zustimmung sämtlicher Mitglieder der Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik gefunden hat.

(Lebhafter, langanhaltender Beifall)

Meine Damen und Herren! Diese soeben festgestellte Tatsache ist ein Akt von hoher geschichtlicher Bedeutung. Die Völker und Staatsbürger der Sowjetunion, der volksdemokratischen Länder und der Deutschen Demokratischen Republik reden nicht vom Kriege und denken nicht an den Krieg, weil sie dazu keine Zeit haben. Ihre ganze Kraft ist auf den Aufbau und Ausbau ihrer demokratischen Ordnung gerichtet. Das ist nur im Frieden möglich. Aus diesem Grunde haben das polnische und das deutsche Volk durch das Abkommen, das so-

eben seine Bestätigung erfahren hat, nicht nur vor ihren Völkern, sondern vor der ganzen Welt ein Beispiel gegeben für die Macht und die Kraft des Friedensgedankens und für ihren Willen, „daß nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint“. Wir alle sind der Überzeugung, daß dieses Werk zum Heile der beiden Völker und der Welt ausschlagen wird.

(Erneuter Beifall)

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer, zu den Landtagen, Kreistagen und Gemeindevertretungen in der Deutschen Demokratischen Republik am 15. Oktober 1950 (Drucksachen Nr. 107 und 110).

Zur Begründung des Gesetzentwurfes, der vor der ersten Lesung nach der dem Präsidium erteilten Ermächtigung dem Rechtsausschuß zur Beratung übermittelt worden ist, erteile ich dem Herrn Minister des Innern, Dr. Steinhoff, das Wort.

Minister Dr. Steinhoff (Min. d. Innern):

Meine Damen und Herren! Die Provisorische Volkskammer hat am 7. Oktober 1949, dem Tag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, die Durchführung der verfassungsmäßig fälligen Wahlen auf den 15. Oktober 1950 festgelegt.

Gewählt wird die Liste der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, deren Bedeutung darin besteht, daß sich alle demokratischen Parteien und Massenorganisationen in der Deutschen Demokratischen Republik — wie es ihr verfassungsmäßiges Recht ist — dahin geeinigt haben, eine gemeinsame Kandidatenliste der Nationalen Front des demokratischen Deutschland bei der Abstimmung zur Wahl zu stellen.

Die demokratischen Parteien und Massenorganisationen haben gemeinsame Ziele bei den Wahlen. Es sind dies die Ziele, die im Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland niedergelegt worden sind, und zwar

der Kampf um den Frieden,
die Herbeiführung der demokratischen Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes,
der Abschluß eines Friedensvertrages mit einer demokratischen deutschen Regierung und
der Abzug aller Besatzungstruppen nach Abschluß des Friedensvertrages.

Es geht um die Festigung und Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik als des Zentrums des nationalen Lebenskampfes unseres Volkes.

Die unterschiedlichen Ziele der demokratischen Parteien bleiben bestehen. Sie treten in ihrer Bedeutung gegenüber den gemeinsamen Zielen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland jedoch zurück, weil von der Lösung der Fragen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland alle anderen Fragen abhängen.

Gerade in den Grundfragen des deutschen Volkes hat sich in den letzten Wochen und Monaten eine solche Zuspitzung ergeben, daß es bei den Wahlen darauf ankommt, die politische Entwicklung durch ein einheitliches und entschlossenes Auftreten im Sinne der Interessen der deutschen Nation zu entscheiden. Die Zuspitzung hat sich dadurch ergeben, daß durch Provokationen und Maßnahmen der imperialistischen Westmächte die Kriegsgefahr gewachsen ist, die Spaltung Deutschlands vertieft wurde und eine Serie von Verbrechen gegen unsere Deutsche Demokratische Republik gestartet wird.

Die westlichen Imperialisten, an der Spitze die amerikanischen Imperialisten, steuern, wenn man sich die